

Inklusion und Disability Mainstreaming

Dr. Katrin Grüber

Institut Mensch, Ethik und
Wissenschaft

Vortrag am 16. April 2010, Berlin

UNSERE STÄRKE



DIE ANDERE PERSPEKTIVE

Ziel des IMEW ist die Verankerung von Disability Mainstreaming in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

DIE ANDERE PERSPEKTIVE von Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen muss berücksichtigt werden, von Anfang an, in allen Bereichen der Gesellschaft. In Forschungs- und Gesetzesvorhaben. Dafür braucht das gemeinnützige IMEW zahlreiche Freunde und Förderer. Stärken Sie die Perspektive Behinderung durch Ihre Spende!

www.imew.de



- Das IMEW wurde 2001 als gemeinnützige GmbH gegründet
- Ermöglicht durch die Finanzierung der Stiftung Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch
- www.imew.de

Die Gesellschafter



9 Gesellschafter aus dem Kreis der Behindertenhilfe und –selbsthilfe

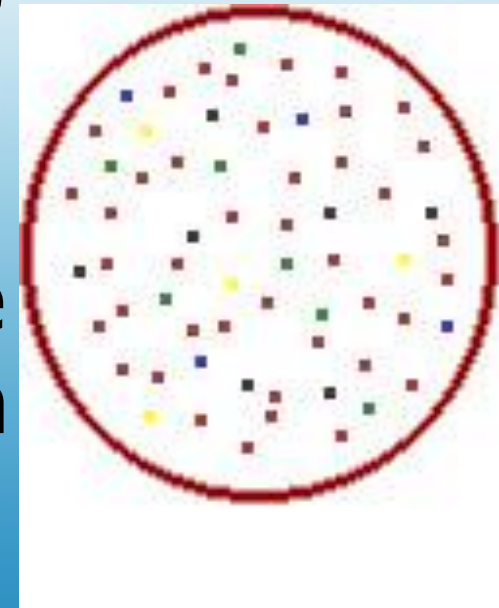
Gliederung

- Inklusion
- Das Hartz IV-Urteil des BVerfG
- Disability Mainstreaming
- Resümee

Inklusion


heißt:

- Menschen mit Behinderung gehören selbstverständlich dazu
- müssen nicht erst im Laufe von Prozessen nachträglich einbezogen werden
- Ausgrenzung vermeiden – von Anfang an*



*http://www.lebenshilfe.de/wDeutsch/aus_fachlicher_sicht/artikel/Fachtagung_Inklusion.php?listLink=1

Menschenbild der Inklusion

- positives Verhältnis zu Vielfalt
 - Zum Menschsein gehört, dass Menschen verschieden sind
- umfasst alle Dimensionen von Heterogenität (Fähigkeit, Gender, Ethnizität,, Religion, sexuelle Orientierung, körperliche Beschaffenheit.., psychische Beeinträchtigung...)*
- Keine Ausrichtung an der Normalität

erfordert Kompetenz im Umgang mit kultureller Vielfalt
 - (aktuelles Beispiel Diversity Management)

Inklusive Gesellschaft



- Nimmt als Ausgangspunkt die Vielfalt der Bürgerinnen und Bürger
- Niemand wird ausgegrenzt
- Ethische Grundlagen
 - Anerkennung
 - der Fähigkeiten von Menschen –
 - und des Unterstützungsbedarfs
 - Solidarität
 - Ethik der Achtsamkeit (Elisabeth Conradi)

Gliederung

- Das Hartz IV-Urteil des BVerfG
- Disability Mainstreaming
- Resümee

Teilhabe und Menschenwürde das Hartz-IV-Urteil



Art 1: Grundrecht auf Gewährleistung eines **menschenwürdigen Existenzminimums**

in Verbindung mit

Art. 20 Abs. 1 GG **Sozialstaatsprinzip**

Sicherung der materiellen Voraussetzungen für jeden
Hilfebedürftigen, die

für die **physische Existenz** und für ein
Mindestmaß an Teilhabe
am gesellschaftlichen,
kulturellen und
politischen Leben unerlässlich sind.

Die Menschenwürde des Hartz IV-Empfängers



- Der Bedürftige als Citoyen
- Würde eines Bürgers
- Zum Minimum gehöre im Sozialstaat des Grundgesetzes auch die
 - Teilhabe an Bildung
 - Zugang zu Kultur
 - eine Chance auf politisches Engagement

Konsequenzen aus dem Urteil

- Verbindung zwischen der Menschenwürde und der sozialen Teilhabe

Allerdings: was ist ein Mindestmaß an Teilhabe?

„Der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der sozialen Seite des Existenzminimums (ist) besonders weit ().“

Diskussion darüber notwendig, was ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe bedeutet

– Ausgangspunkt dabei:

- Menschenwürde

Erwägungsgrund 2

Aus den Erwägungsgründen für die Entscheidung. http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/doku_und_debatte/2290678_Dokumentation-Das-Hartz-IV-Urteil-im-Wortlaut.html

**Beispiel:
Antrag auf Beförderungsleistungen
zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen
Leben**

**nach 54 (1) SGB XII i.V.m. 55 (1) u. (2) Nr.
7 u. 58 SGB IX**

b) ganzjährig für insgesamt ___ Fahrten je Monat zur
 Ausübung eines intensiven bürgerschaftlichen Engagements
bitte erläutern: _____

Aufrechterhaltung besonderer Kontakte zu Familienangehörigen oder
vergleichbar nahe stehenden Personen
bitte erläutern: _____

Teilnahme z.B. an Interessen- oder Sportgruppen
bitte erläutern: _____

b) <http://www.hamburg.de/contentblob/126276/data/fa-sgbxii-54-individ-befoerd-antrag.doc>



Gliederung

- Disability Mainstreaming
- Resümee

Disability Mainstreaming

Jedwedes politisches und gesellschaftliches Handeln soll danach befragt werden, in welcher Weise es zur Gleichstellung und Teilhabe behinderter Menschen beiträgt bzw. sie verhindert.“

Karl-Hermann Haack, 2004

<http://www.behindertenbeauftragte.de/index.php5?nid=214&Action=home>

„Politische Entscheidungen, die Menschen mit Behinderungen direkt oder indirekt betreffen, müssen sich an den Inhalten der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen messen lassen.“

Koalitionsvertrag 2009, S. 83

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>

Gleichzeitig (mindestens zwei Perspektiven)

- Programme sowohl für die Bedürfnisse von Menschen mit als auch für die Bedürfnisse von Menschen ohne Behinderungen entwickeln.
- Nur für Menschen mit komplexeren Bedürfnissen zusätzliche auf sie zugeschnittene Angebote

Der Prozess

- Organisationsentwicklung
 - Schulungen
- Planung von Anfang an
- Ziele formulieren und Ergebnisse überprüfen

Bedingungen

- Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung
- Wahrnehmen und Anerkennen unterschiedlicher Bedürfnisse
- Soziales Modell



- Aktive Behindertenorganisationen sowie Bürgerinnen und Bürger

<http://www.isl-ev.de/>

Gliederung

- Resümee

Resümee

- Die Vorstellung der inklusiven Gesellschaft ist eine Vision, die beflügeln kann, weil sie Perspektiven verändert und so zu neuen Lösungen führen kann
- Schritte dahin können Planungsprozesse sein, bei der die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen von Anfang an einbezogen werden und an denen sie partizipieren



- Disability Mainstreaming

